

Mitglied des
Sprecherkreises
vom Bündnis gegen
Rechts



„Werden weiter wachsam sein“

Düren. Landesinnenminister Ralf Jäger hat die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) verboten. Im Kreis Düren wurden neun Häuser und Wohnungen durchsucht, so in Düren, Vettweiß, Nörvenich, Niederzier und Jülich. Bei der Durchsuchung in Jülich wurden auch Waffen gefunden. Auch die Gefängniszelle von Denis U. aus Düren, der zurzeit in der Justizvollzugsanstalt Siegburg einsitzt, wurde von der Polizei durchsucht. Das Dürener „Bündnis gegen Rechts“ hat schon früh ein Verbot dieser rechtsextremen Gruppierung gefordert.

Wie wird sich das Verbot der KAL auf die Neonazi-Szene im Kreis Düren auswirken?

Karl Panitz: Mit dem lang überfälligen Verbot der KAL werden zwar Strukturen zerschlagen, die handelnden Personen werden aber dadurch ihre Gesinnung nicht ändern und ihre Ziele weiterhin verfolgen. Sicherlich werden die „Aktivisten“ versuchen, neue Strukturen aufzubauen. Die Neonazi-Szene ist sicherlich geschwächt, aber immer noch vorhanden. Jetzt die Hände in den Schoß zu legen und zu glauben, die rechtsextreme Szene existiere nicht mehr, wäre ein nicht wieder gut zu machender Fehler. Wir als Bündnis werden auch weiterhin unsere Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit fortführen und setzen vor allem auf zivilgesellschaftliches Engagement.

Reicht ein Verbot solcher Organisationen aus, um dauerhaft rechtsextreme Strukturen zu zerschlagen?

Panitz: Sicher nicht. Es ist auch notwendig, mit einem Verbot der NPD die staatliche Finanzierung der rechtsextremen Szene zu kappen. Außerdem werden wir weiterhin wachsam sein müssen, damit Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Zivilgesellschaft keinen Platz haben.

Wie muss der nächste Schritt der Politik aussehen?

Panitz: Politik muss sich aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit positionieren und auch danach handeln. Mehrheiten dürfen z.B. im Dürener Stadtrat nicht durch ehemalige NPD-Mitglieder zustande kommen. Die politischen Verantwortlichen, gleich wo, sind aufgerufen, allen rechtsextremen Bestrebungen entgegen zu wirken. Außerdem müssen Beratungs- und Anlaufstellen für Opfer rechtsextremer Gewalttaten geschaffen und finanziert werden.